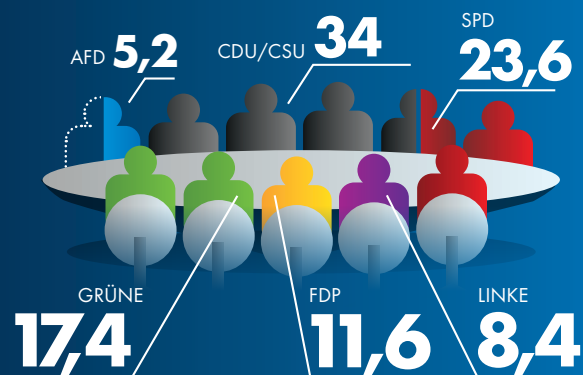


ZUR STAATSFERNE **WO PARTEIEN REGIEREN, DA WERDEN PARTEIEN HOFIERT.**

Die Medien, insbesondere die öffentlich-rechtlichen, reden gerne von sich als der vierten Gewalt. Also derjenigen, die Regierung, Parlament und Justiz auf die Finger schaut. In Deutschland wurde diese Gewaltenteilung aber geschleift: Weil ARD und ZDF finanziell abhängig sind von der Politik. Es gilt "Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing'." Denken Sie an nur die jüngste Corona-Krise: Hier mussten wir ein wahres „Regierungsfernsehen“ erleben. Kritische Nachfragen? Kaum bis keine.

Beispiel ZDF-Fernsehrat: Das ist ein Kontrollgremium, das die Interessen der Zuschauer vertreten soll. Diese sitzen da aber gar nicht drin. Sondern Vertreter von Verbänden, Kirchen und Parteien. Okay, nicht aller Parteien: Die größte Oppositionsfraktion im Bundestag ist nicht vertreten. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Und auch bei der ARD ist der Parteienfilz allgegenwärtig. Wen wundert es, dass sich das über kurz oder lang auf das Programm auswirkt? Nehmen Sie nur mal die Talkshows der Öffentlich-Rechtlichen. Annalena Baerbock, Chefin der Partei mit der kleinsten Bundestagsfraktion, war im Jahre 2019 die Politikerin, die am häufigsten eingeladen war. Sie und ihr Co-Chef wurden den Zuschauern so oft vor die Nase gesetzt, dass diese denken konnten, die Grünen würden schon längst regieren.

TALKSHOW-GÄSTE BEI ARD & ZDF, 2019 NACH PARTEIEN IN %



Quelle: Redaktionsnetzwerk Deutschland

Tina Hassel
ARD Hauptstadtstudio
Stehender Applaus für #Habeck nach Rede. Dabei mahnte er die #Grünen deutlich: „Auch wir müssen Toleranz üben! Zuhören bei Gegenargumenten! Die die Angst vor zu viel Klimaschutz haben Ernst nehmen“ Richtig! Wichtig!

Jan Böhmermann
ZDF
Wir müssen die Stichwortgeber benennen, all diese neurechten Plattformen, deren Geschäftsmodell auf Hetze und Falschbehauptungen beruht – von Roland Tichy über Henryk M. Broder bis hin zu eindeutig rechtsradikalen Blogs.

Georg Restle
ARD, „Monitor“
Heilige Begriffsverwirrung: Neutralität im Journalismus gibt es nicht, gab es nie, kann es nicht geben. Es geht um Unabhängigkeit, Wahrhaftigkeit und Transparenz. Und darum, nicht jeden Mist als Ausdruck von Meinungsvielfalt misszuverstehen

JOURNALISMUS ODER AKTIVISMUS?

ZWANGSFINANZIERT LÄSST SICH'S GUT ZWITSCHERN.

„Ein Journalist macht sich mit keiner Sache gemein, auch nicht mit einer guten.“ Diese alte Weisheit von Hanns Joachim Friedrichs, dem langjährigen „Tagesthemen“-Chef, hört sich mittlerweile an, wie aus einem anderen Land. Heutzutage gibt es in den Redaktionsstuben offenbar nur noch drei Einstellungsvoraussetzungen: Haltung, Haltung, Haltung. Und somit verwechseln die Öffentlich-Rechtlichen zunehmend ihren Aufklärungsauftrag mit einem Erziehungsauftrag.

Der Zuschauer denkt sich seinen Teil und schaltet immer öfter ab. Das Problem: Zahlen muss er den Schulfunk weiterhin. Und es wird noch dreister: Viele Vertreter des öffentlich-rechtlichen Systems nutzen ihre über Zwangsgebühren finanzierte Popularität auch, um außerhalb ihres Sendeplatzes die Deutungshoheit zu gewinnen. Der Twitter-Account eines Jan Böhmermann zeigt exemplarisch, wie man sich in Filterblasen im Netz immer weiter radikalisieren kann.

DAS KONZEPT DER AFD

SCHAUEN SIE DOCH, WAS SIE WOLLEN!

Überall in Europa stellen Bürger und Regierungen ihre Öffentlich-Rechtlichen auf den Prüfstand – zu teuer, politisch gefärbt, nicht zukunftsfähig. Diesen Einschätzungen folgten Reformanstrengungen: Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft muss sich auf Bildung und Kultur konzentrieren und sparen, in Dänemark führte ein Sparkurs zu einem steuerfinanzierten Grundfunk, andere Inhalte müssen sich am Markt bewähren, durch Abo-Verkauf. Nur bei uns will der teuerste öffentlich-rechtliche Rundfunk der Welt auch im Digitalzeitalter einfach weitersenden, als wäre nichts geschehen. Sparen? Sogar in Corona-Zeiten können die Intendanten auf die Altparteien zählen – sie haben bislang jede Zwangsbeitragsserhöhung durchgeboxt.

Die AfD fordert daher:

- die Zwangsfinanzierung des ÖRR abzuschaffen.
- ARD und ZDF zu einem echten Bürgerrundfunk bzw. Grundfunk zu machen, welcher von seinen zahlenden Zuschauern und nicht von der Politik abhängig ist.
- die Konzentration dieses Bürgerrundfunks auf wertvolle Inhalte wie Information, Bildung, Kunst und Kultur.

Eine funktionierende Demokratie braucht freie Medien.

Unabhängig vom Einfluß von Staat und Parteien.

WWW.AFD.DE/GEZ

UNTERSTÜTZEN SIE UNS MIT IHRER SPENDE.

Als relativ junge Partei sind wir für jede Spende dankbar. Egal, ob 20, 50 oder 100 Euro. Und denken Sie dran: Spenden sind i. d. R. steuerlich absetzbar.

Bankverbindung:

Alternative für Deutschland
Berliner Volksbank
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Herausgeber:

Alternative für Deutschland
Bundesverband
Schillstraße 9, 10785 Berlin



FREIER FUNK FÜR FREIE BÜRGER.

Wir brauchen unabhängige Medien, ohne Einfluss von Staat und Parteien.

Dafür müssen wir den Rundfunkbeitrag abschaffen.



ZUM PROBLEMFALL ÖRR

ES GIBT MEHR ALS 9 Mrd. GRÜNDE, DEN RUNDFUNKBEITRAG ABZUSCHAFFEN.

Stellen Sie sich vor, Sie lebten in einem Land, in dem Sie jeden Morgen die Parteizeitungen der staatstragenden Parteien in Ihrem Briefkasten hätten. Unbestellt. Aber mitsamt einer horrenden Rechnung, die unter Androhung von Freiheitsentzug zu zahlen wäre. „Ungeheuerlich!“, denken Sie. Denken wir auch. Aber in der Tat leben wir gerade in so einem Land. Das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland funktioniert nämlich genau so.

Dieses System, das die Deutschen über 9 Milliarden Euro im Jahr kostet, hat sich überholt. Dem Auftrag der „Grundversorgung“ werden die Öffentlich-Rechtlichen schon lange nicht mehr gerecht: Unterhaltung und Sportberichterstattung bestimmen die Kanäle von ARD und ZDF. Inhalte, die Private auch liefern könnten. Hinzu kommt, dass durch neue digitale Kanäle und den technologischen Fortschritt eine Demokratisierung der Produktion stattgefunden hat. Es ist heutzutage kostspieliger, eine Zeitung zu gründen als einen Fernsehsender.

Streaming-Dienste wie Netflix bieten ein Programm, das qualitativ oft besser ist als das von ARD und ZDF.

Deshalb wollen wir das System reformieren. Wir wollen, daß jeder Bürger nur noch für die Medien bezahlt, die er auch wirklich will.

„Jeder Bürger soll nur für das bezahlen, was er auch wirklich sehen oder hören will.“

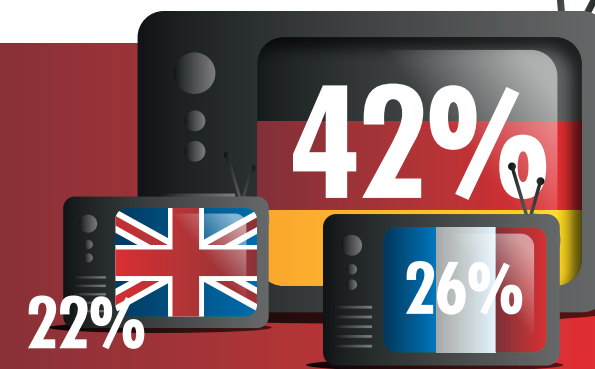
Joachim Paul, MdL
Medienpolitischer Sprecher des
AfD-Bundesvorstandes

ZUR MEDIENNUTZUNG HEUTE

WENN IHNEN VON EINEM EURO NUR 58 CENT BLEIBEN, IST DAS: EIN VERLUST VON FREIHEIT.

Wir alle wissen: Wir können den Euro nur einmal ausgeben. Und wir alle haben ein gewisses Budget pro Monat, das wir für Tageszeitungen, Funk und Fernsehen verwenden können. Durch den Rundfunkbeitrag werden uns aber von jedem Euro bereits 42 Cent abgezwickelt. Das beschneidet unsere Wahlfreiheit. Dies schadet privaten Anbietern und sorgt für eine enorme Verzerrung des Wettbewerbs.

Zumal in Zeiten, in denen sich die Medien-Nutzung drastisch verändert: Deutlich unter zehn Prozent der Jugendlichen halten ARD und ZDF und ihre Mediatheken für ein attraktives Angebot. Ihre Reichweite ist in der Gruppe der 16 bis 29-Jährigen völlig zusammengebrochen. SWR-Intendant Gniffke (SPD-Mitglied) musste jüngst einräumen, dass sein Sender „drei Viertel des Budgets“ für die über 50-Jährigen ausgibt. Hinzu kommt: Immer mehr Deutsche nutzen neue, digitale Kanäle und Streaming-Dienste wie Netflix, Amazon oder YouTube. Wenn sie es sich denn nach Abzug des Rundfunkbeitrags noch leisten können.



ANTEIL DER ZWANGSBEITRÄGE AN MONATLICHEN AUSGABEN FÜR MEDIEN PRO HAUSHALT IN EUROPA. (STAND 2016)

GEHÄLTER DER INTENDANTEN VON ARD UND ZDF (IN EURO)

| | |
|----------------------|---------|
| WDR | 391.000 |
| BAYERISCHER RUNDFUNK | 384.000 |
| SWR | 356.000 |
| NDR | 355.000 |
| ZDF* | 353.000 |
| HESSISCHER RUNDFUNK | 279.000 |
| MDR | 275.000 |
| RADIO BREMEN | 273.000 |
| RBB | 261.000 |
| SR | 245.000 |

* Jahresgehalt aus 2017, aktuelle Zahlen liegen nicht vor

ZUR VERWENDUNG IHRES GELDES

MIT DEM ZWEITEN LEBT MAN BESSER. UND MIT DEM ERSTEN AUCH.

Kennen Sie Tom Buhrow? Das ist der Intendant des WDR. Er ist also dafür verantwortlich, dass der WDR-Kinderchor im Dezember 2019 unsere Großmütter als „Umweltsäue“ beleidigte. Für diesen Job bekommt er ein Jahresalär von 391.000 Euro. Nicht schlecht, oder? Er befindet sich dabei in guter Gesellschaft: Schließlich gibt es ja noch elf andere öffentlich-rechtliche Fernsehsender, die ein üppiges Intendantengehalt zahlen.

Nun könnte man einwenden, dass auch in der freien Wirtschaft gute Managergehälter gezahlt werden. Der kleine Unterschied ist, dass so ein Manager sich darum kümmert, seine Produkte auf dem freien Markt zu Marktpreisen zu verkaufen. Das Gehalt von Tom Buhrow müssen wir alle zahlen. Ob wir wollen oder nicht.

Wir zahlen bald über 10 Milliarden jährlich für 20.000 überbezahlte Mitarbeiter in den Rundfunkanstalten. Deshalb betteln die Öffentlich-Rechtlichen um immer mehr Geld.

ZUR „GRUNDVERSORGUNG“

DAGEGEN SIEHT IHRE RENTE ZIEMLICH ALT AUS.

Was gibt es Schöneres, als in einem sicheren, mit Zwangsgebühren finanzierten Job zu arbeiten? Nicht mehr zu arbeiten! Haben Sie schon mal gehört, dass man als Rentner mehr Geld bekommen kann als zu seiner aktiven Zeit? Nein? Kein Wunder, denn so was gibt es nur bei den Öffentlich-Rechtlichen.

Die Pensionsansprüche sind gewaltig. Alleine die ARD hat ca. 7,4 Milliarden Euro zurückgelegt für zukünftige Pensionen (das sind Betriebsrenten, die gesetzliche Rente kommt natürlich noch oben drauf). Da geht es dann tatsächlich einmal um die „Grundversorgung“: die Grundversorgung der Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Manche bezeichnen die Staatssender deshalb auch spöttisch als „Rentenanstalten mit angeschlossenem Sendebetrieb“.

Also wundern Sie sich nicht, wenn Sie in den nächsten Jahren mit immer mehr Wiederholungen von „Bares für Rares“ oder dem „Tatort“ traktiert werden. Sie wissen nun, warum: Für wirklich Neues ist einfach kein Geld mehr da.

i Aus Protest gegen die Verhältnisse bei den Staatssendern werden immer mehr Bürger aktiv. So verlangen neuerdings viele, ihren Beitrag bar zahlen zu können, was die GEZ vor immense logistische Probleme stellt. Mehr Informationen dazu auf www.afd.de/gez

HÖHE DER RÜCKSTELLUNGEN DER ARD FÜR KÜNFTIGE PENSIONEN:

7,4 Milliarden Euro